

FORUM MIGRATION

Informationen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ethnischer Minderheiten **Sept. 2001**

Nr. 24

TÜRKISCHSPRECHENDE BEVÖLKERUNG

78% nutzen deutsche Medien

Die Nutzung der verschiedenen Medien durch die türkische Bevölkerung in Deutschland hat das Bundespresseamt untersuchen lassen. Das Ergebnis der Studie zeigt ein differenziertes Bild. Die Vermutung, dass diese Bevölkerungsgruppe sich als solche von ihrer Umwelt abkapselt, lässt sich nicht aufrecht erhalten.

Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung – nämlich die Hälfte – nutzt deutsche und türkische Medien. Ausschließlich deutsche Medien nutzen 28, und ausschließlich türkische 17 Prozent.

Die Rangliste der Art der Medien, die regelmäßig (mindestens vier Mal pro Woche) genutzt werden, verdeutlicht das Bild noch genauer: Die deutschsprachigen Fernsehprogramme haben in der türkischen Bevölkerung 70 Prozent so genannte Stammnutzer. Das türkischsprachige Fernsehen folgt mit 58 Prozent auf dem zweiten Rang, auf dem dritten das deutschsprachige Radio (37 Prozent). Deutsche und türkische Zeitungen haben gleich viel Stammnutzer, nämlich jeweils 29 Prozent. Das türkischsprachige Radio liegt mit 15 Prozent Stammnutzern am Ende der Rangliste.

Als Ursache für die unterschiedliche Mediennutzung hat die Studie verschiedene Faktoren benannt, etwa Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft bzw. Staatsbürgerschaftswunsch, Lebensalter, Schulbildung, Sprachkompetenz und Sprachgewohnheiten im Alltag.

Dies allein reicht zur Erklärung allerdings nicht aus. Deshalb wurden sechs unterschiedliche Integrationsmilieus untersucht und in Beziehung zur Mediennutzung gesetzt. Drei dieser Milieus zeichnen sich durch eine relative Nähe zur deutschen Mehrheitsgesellschaft aus. Hier findet man eine starke Nutzung deutscher – in der Regel kombiniert mit türkischen – Medien. Von den restlichen drei Milieus sind zwei

– insgesamt rund 20 Prozent der türkischen Bevölkerung – relativ stark gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft abgegrenzt. Das bedeutet aber nicht gleich, dass sie deutsche Medien generell nicht nutzen. Diese Schwelle ist offenbar geringer als jene zum sozialen Leben insgesamt.

Bei dem dritten Milieu – rund ein Viertel der türkischen Bevölkerung – sind die Grenzziehungen gegenüber der Mehrheitsbevölkerung nicht so strikt wie bei den beiden anderen. Die Angehörigen dieses Milieus sind für „Grenzüberschreitungen“ durchaus offen, was auch ihre Mediennutzung belegt. Für Integrationsaktivitäten – so eine Schlussfolgerung der Studie – ist dieses Milieu durchaus ansprechbar.

Inhalt

SEITE 2

- **Green Card:** Zwischenbilanz nach einem Jahr
- **Kindertagesstätten:** Handbuch für Sprachförderung
- **Xenos:** Förderung verdoppelt

SEITE 3

- **Neues Bildungswerk-Projekt:** Integration durch Einbürgerung
- **IG BCE:** Europäische Migrationspolitik

SEITE 4

- **Dieter Schulte,** Vorsitzender des DGB: Eine doppelte Chance
- **Broschüre:** DGB zur Einwanderung

Zahlenwerk

Einbürgerungen im Jahr 2000 (ohne Neugeborene mit doppelter Staatsbürgerschaft) nach Bundesländern. Steigerungsrate in Prozent gegenüber Vorjahr.

	Steigerungsrate	Einbürgerungen
Baden-Württemberg	+13,2	29 057
Bayern	+35,6	20 610
Berlin	-29,2	6730
Brandenburg	+91,9	424
Bremen	+14,6	2083
Hamburg	+54,7	8640
Hessen	+21,5	20 444
Mecklenburg-Vorp.	+154,3	295
Niedersachsen	+48,2	15 427
Nordrhein-Westf.	+38,5	65 744
Rheinland-Pfalz	+46,3	7338
Saarland	+83,7	1833
Sachsen	+60,8	455
Sachsen-Anhalt	+134,0	461
Schleswig-Holstein	+51,0	5639
Thüringen	+46,5	312

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMI

Herkunftssprache als Fremdsprache

In Nordrhein-Westfalen haben im letzten Jahr 4876 SchülerInnen aus Migrantenfamilien eine Prüfung in ihrer Herkunftssprache abgelegt, die die Prüfung in einer Pflicht- oder Wahlpflichtsprache ersetzt. An solchen Prüfungen kann teilnehmen, wer erst im Verlauf der Sekundarstufe I oder zu Beginn der Sekundarstufe II in die deutsche Schule aufgenommen wurde und nicht mit Aussicht auf Erfolg am Fremdsprachenunterricht der Schule teilnehmen konnte. Die Prüfung orientiert sich an den schulischen Fremdsprachenprüfungen.

Geprüft wurde in 39 Sprachen, sehr häufig etwa in Türkisch und Russisch. Es fanden aber auch Prüfungen in Tigrigna (Äthiopien), Mongolisch und Vietnamesisch statt.

GREEN CARD

Zwischenbilanz nach einem Jahr

Ein Jahr nach Inkrafttreten des IT-Sofortprogramms – besser bekannt unter dem Stichwort Green Card – hat die dafür eingesetzte Monitoring-Gruppe eine Zwischenbilanz gezogen. Ihr gehören Vertreter von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und verschiedener Bundesministerien an.

Die Qualifikationsstruktur der Green-Card-Bewerber entsprach dem Bedarf des deutschen Marktes. Vor allem gesucht waren Kenntnisse in den verschiedenen Programmiersprachen. Die Verteilung der angeworbenen IT-Experten auf die verschiedenen Bundesländer ist sehr unterschiedlich. So entfielen auf Bayern 28,9 Prozent der Zulassungen, auf die neuen Bundesländern nur 4,3.

Die Erfahrungen der Betriebe mit der Green Card sind außerordentlich positiv – dies hat das Münchner Marktforschungsinstitut Wimmex in einer bundesweiten Erhebung ermittelt. So würden drei Viertel der Unternehmen ihren Beschäftigten einen unbefristeten Vertrag anbieten. Die vielleicht interessantesten Zahlen:

69 Prozent der Unternehmen haben neben dem Green-Card-Inhaber zusätzliche Beschäftigte eingestellt. Und: Im Umfeld der neuen IT-Experten wurden im Schnitt 2,5 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Das IT-Sofortprogramm ist aber nicht auf die Green Card beschränkt. Es beinhaltet auch verschiedene Bemühungen Aus- und Weiterbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu verbessern. Auch hier ist die Initiative im wesentlichen erfolgreich. Ein deutliches Problem ist der Mangel an Berufsschullehrern in diesem Bereich.

Nach der Bewertung der Umsetzung des Sofortprogramms schlägt die Monitoring-Gruppe vor, die Zulassungszahl für Green Cards um 10.000 zu erhöhen.

Der Bericht ist im Internet **abrufbar unter:** www.bma.de (Darin: Kategorie Arbeit und dann Ausländer anklicken.)

KINDERTAGESSTÄTTEN

Handbuch für Sprachförderung

Unter Pädagogen ist es seit langem bekannt, dass das Kindergartenalter für die Entwicklung des Sprechvermögens besonders wichtig ist. Dass im Einwanderungsland Deutschland viele Kinder mit Deutsch als Zweitsprache aufwachsen, ist ebenfalls bekannt. Allerdings gibt es nur sehr wenig Material, mit dem sich LehrerInnen und ErzieherInnen auf diese Situation vorbereiten können.

Für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten liegt seit einiger Zeit ein Handbuch vor, das von der Bundesausländerbeauftragten herausgegeben wurde. Darin gibt es zunächst eine Einführung in die Sprachentwicklung und daran anknüpfend konkrete, umsetzungsorientierte Anleitungen zur Sprachförderung von ausländischen und deutschen Kindern. Einbezogen ist auch die Arbeit mit den Eltern.

Hallo, Hola, Ola – Sprachförderung in Kindertagesstätten. Das Handbuch **kann bestellt werden bei:** Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 11017 Berlin oder: Postfach 14 02 80, 53107 Bonn

Kinderrechtspreis für Pro Asyl
Nach dem Aachener Friedenspreis erhält Pro Asyl in diesem Jahr auch den mit 10.000 Mark dotierten Kinderrechtspreis „Blauer Elefant für Kinderrechte“. Vergeben wird der Preis vom Deutschen Kinderschutzbund und den „Ravensburger Ratgebern“. Pro Asyl erhält den Preis für die Kampagne „Alle Kinder haben Rechte“ und die eingereichte Petition zur Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention. (Siehe auch Forum Migration Nr.21)

Die Preisverleihung findet am 22. November 2001 im Grips Theater in Berlin statt.

XENOS

Förderung verdoppelt

Das von der Bundesregierung aufgelegte Programm gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Xenos ist auf sehr große Resonanz gestoßen. Rund 1300 Gruppen und Organisationen haben Vorschläge für Aktivitäten erarbeitet, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Arbeitswelt vorzugehen. In die engere Auswahl kamen 170 Bewerbungen. Als Reaktion auf das große Interesse hat das Bundesministerium die Förderung aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds auf insgesamt 150 Millionen Mark verdoppelt.

Informationen zu Xenos unter www.xenos-d.de

EIN EIGENER SACHE

Abo-Möglichkeit: Wer Interesse an Forum Migration hat, kann es kostenlos abonnieren. Bestellungen an: DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Fax: 0211/43 01 - 134 E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de

Nach der Sommerpause gibt es wieder Einiges zu lernen. Hier unser Seminarangebot für September bis November:

- **Staatsbürgerschaftsrecht – aktuelle Entwicklungen (Verordnungen) und Rechtsprechung.** 23. bis 26. September, Tagungszentrum IG Medien, Springen.
- **Europa der Bürger – Perspektiven für die EU (Grundrechte, Unionsbürgerschaft, Personenfreizügigkeit, Arbeitnehmermobilität).** 21. bis 26. Oktober, Tagungszentrum IG Medien, Springen.
- **Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Aufbaukurs Anti-Rassismus-Training.** 4. bis 7. November, Tagungszentrum IG Medien, Springen.
- **Amsterdamer Vertrag – Asyl- und Migrationspolitik der EU** 18. bis 23. November, DGB-Bildungszentrum Niederpöcking

Anmeldungen bei:
DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211 / 43 01 - 134

Das Bildungsprogramm 2001 kann **bestellt werden bei:**
toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
lehmann@toennes-gruppe.de

NEUES BILDUNGSWERK-PROJEKT

Integration durch Einbürgerung

„Integration von Ausländern in das gesellschaftliche Leben durch Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft“ so der offizielle Titel eines neuen Projektes des Bereichs Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Es hat am 1. Juli dieses Jahres begonnen und ist bis zum 30. Juni 2004 befristet.

Die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung deutscher und ausländischer Arbeitnehmer hat in der Arbeitswelt dazu beigetragen, Konflikte von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Kultur und Nationalität leichter lösen zu können, ganz einfach, weil es Konflikte zwischen Gleichen waren. Daneben hat die Möglichkeit, sich an demokratischen Prozessen beteiligen zu können, bei den ausländischen Beschäftigten zu einem Zugehörigkeitsgefühl geführt, das eine entscheidende Grundlage für Integration ist.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts sind die Möglichkeiten sich über eine Einbürgerung an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligen zu können, gewachsen. Allerdings gibt es nach wie vor Informationsdefizite sowie emotionale und psychologische Barrieren gegen die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Mit dem Projekt soll ein Beitrag dazu geleistet werden, diese Hemmnisse zu beseitigen. Insbesondere sollen die Kommunikationsmöglichkeiten in der Arbeitswelt genutzt werden, um die Betroffenen ansprechen zu können. Deshalb setzt sich die Zielgruppe aus Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten sowie Personalverantwortli-

chen zusammen. Weiter zählen regionale und lokale Verantwortliche aus den Gewerkschaften dazu.

Die Projektarbeit wird inhaltlich von der Juristin Semiha Akiem geleitet. Für den organisatorischen Teil ist Marijke Großmann zuständig.

IM FAX-ABRUF

„Raum der Freiheit“. Als Mitteilung der EU-Kommission ist der Anzeiger der Fortschritte bei der Schaffung eines „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der EU“ erschienen, der halbjährlich vorgelegt werden muss. Hier sind Fortschritte in der Union auf verschiedenen Feldern aufgezeigt, die auch die Migrations- und Gleichstellungspolitik betreffen.

Wir bieten die Mitteilung als Fax-Abwurf an:
0211/4301-618

Achtung: Der Abwurf ist 41 Seiten lang. Wer Internetzugang hat, kann vorher hinein sehen oder von dort aus speichern: www.europa.eu.int

Drittstaatsangehörige. Der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates – eine Gesetzesinitiative auf EU-Ebene – betreffend den Status der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen ist im Frühjahr von der EU-Kommission vorgelegt worden. Wenn die Richtlinie verabschiedet wird, muss sie in nationales Recht umgesetzt werden.

Für Interessierte stellen wir sie als Fax-Abwurf bereit: 0211/4301-619

Achtung: Der Abwurf ist 49 Seiten lang. Wer Internetzugang hat, kann vorher hinein sehen oder von dort aus speichern.
www.europa.eu.int

IG BCE

Europäische Migrationspolitik

Zwei fünftägige Seminare und eine eintägige Fachtagung zur europäischen Migrationspolitik – durchgeführt von der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer – bilden die Grundlage einer Dokumentation zu diesem Thema.

Behandelt werden einerseits grundlegende Themen wie Aufbau und Institutionen der Europäischen Union oder ein Überblick über die Einwanderung nach Deutschland. Daneben sind Beiträge zu speziellen Aspekten der europäischen Integration veröffentlicht, etwa zur Frage Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit oder zur Arbeit von EURES.

Schließlich werden auch rechtliche Themenstellungen wie das europäische Aufenthaltsrecht für Drittstaatsangehörige aufgegriffen.

Insgesamt möchte die IG BCE einen Beitrag zur Information über Freizügigkeit in Europa leisten und damit Vorurteile im Umgang mit Migranten abbauen. Dies ist besonders im Hinblick auf die Osterweiterung der EU nötig, um hier nicht Ängste zu schüren, sondern – was die Wanderungsbewegungen angeht – die Fakten zu sehen und sich auf eine aktive Heranführungsstrategie der künftigen Mitglieder zu konzentrieren.

Europäische Migrationspolitik (Dokumentation auf Basis einer Seminarreihe der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG BCE)

Bestellungen bei:
IG BCE Hauptverwaltung, Abteilung Ausländische Arbeitnehmer
Giovanni Pollice
Königsworther Platz 6
Tel.: 0511 / 76 31 - 229
Fax: 0511 / 76 31 - 768
E-Mail: giovanni.pollice@igbce.de

BROSCHÜRE

DGB zur Einwanderung

Die „Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Regelung der Einwanderung“ und die dazu gehörenden Thesen sind jetzt als Broschüre beim DGB Bildungswerk erschienen. Damit legt der DGB – so Günter Dickhausen und Heinz Putzhammer vom Geschäftsführenden Bundesvorstand im Vorwort – „ein migrationspolitisches Konzept vor, das im Hinblick auf die politische Debatte um ein Einwanderungsgesetz Grundlagen für die endgültige Öffnung Deutschlands zu einer flexiblen, arbeitsmarktkompatiblen und auf Integration zielende Einwanderungspolitik schafft“. Der Text wurde von der Arbeitsgruppe Zuwanderung des DGB-Bundesvorstands im März 2001 beschlossen.

Das Konzept des DGB geht von einer regulären und auf Dauer angelegten Einwanderung aus, die die Entwicklung sinkender Bevölkerungszahlen zwar nicht umkehren, wohl aber verlangsamen kann. Dabei dürfe keine Verbindung zwischen der Zuwanderung aus wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen gezogen werden.

Bei der Auswahl der Einwanderer plädiert der DGB für ein transparent und übersichtlich gestaltetes Punktesystem, das Ermessensspielräume für die Entscheidung möglichst reduzieren sollte.

Die zentrale Frage eines Angebots zur Integration muss aus Sicht des DGB allen Neueinwanderern angeboten werden, also jenen, die aus gesellschaftlichen und ökonomischen Gründen kommen, wie auch Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Dies sind nur einige Stichpunkte, die erläutert werden. Generell hält der DGB einen grundlegenden Perspektivwechsel für nötig, der der Tatsache Rechnung trägt, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Einwanderung (Mitteilungen zu Migrationspolitik), Düsseldorf/ Berlin, Juni 2001.

Bezug über: toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath, Fax: 0211/ 9 20 08 - 38 E-Mail: lehmann@toennes-gruppe.de

Kommentar

EINE DOPPELTE CHANCE

Dieter Schulte,
Vorsitzender
des Deutschen
Gewerkschafts-
bundes (DGB)



Innenminister

Otto Schily hat einen Gesetzesentwurf zur Zuwanderung vorgelegt, der zwei Chancen bietet. Zum einen die Möglichkeit, das rechtlich auszugestalten, was längst Tatsache ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Schilys Entwurf ist eine gute Beratungsgrundlage, um zu einem parteiübergreifenden gesellschaftlichen Konsens zu kommen. Und daraus ergibt sich die zweite Chance: das Thema Zuwanderung taugt nicht mehr als Wahlkampf-Getöse. Natürlich darf auch über das Thema Zuwanderung gestritten werden: gute Argumente haben schon immer zur Meinungsbildung beigetragen. Ressentiments und Vorurteile dagegen vergiften das gesellschaftliche Klima. Dabei geht es gar nicht

darum, ob ein Zuwanderungs-Wahlkampf die Wahlchancen der SPD mindern könnte. Die Wahlen in Großbritannien beispielsweise hat Labour haushoch gewonnen, die Konservativen hatten im Wahlkampf mehr oder weniger offen fremdenfeindlich agiert. Es geht darum, dass es Bereiche in der Politik gibt, die – bei allen Unterschieden im Detail – von allen getragen werden sollten. Dazu zählt das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Nationalität. Jetzt haben wir die Gelegenheit, Zuwanderung so zu gestalten, dass sie für alle Beteiligten berechenbar und transparent ist. Und für uns als Gewerkschaften im Einwanderungsland Deutschland gehört es auch in Zukunft zu den wichtigsten Aufgaben, unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu vertreten – die, die hier sind und die, die kommen

werden. Allerdings muss die kurzfristige Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte die Ausnahme bleiben. Dagegen sollte das Angebot an hochqualifizierte Arbeitskräfte, auf Dauer nach Deutschland zu kommen, die Regel werden. Die Gewerkschaften begrüßen es, dass Schilys Entwurf großen Wert auf Integration legt. Das muss aber auch konsequent umgesetzt werden. Bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten müssen beispielsweise bessere Möglichkeiten bekommen, sich zu qualifizieren. Es passt auch nicht ins Integrationskonzept, dass das Nachzugsalter von Kindern auf zwölf Jahre gesenkt werden soll. Schließlich genießt die Familie in unserer Gesetzgebung einen besonderen Schutz, der nicht auf diesem Wege aufgeweicht werden darf. Das gilt auch für ein anderes Grundrecht, nämlich jenes auf Asyl. Auch bei diesem Thema werden wir Verschlechterungen nicht akzeptieren.

Impressum

FORUM MIGRATION Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel: 0211/43 01-141 (-351) **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz, **Koordination:** Klemens Büsch **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.